

23 novembre 1951

-GP.

412

Notiz

Die im Zusammenhang mit einem allgemeinen tour d'horizon verfasste Notiz über die Haltung der Schweiz gegenüber der DDR ruft einigen ergänzenden Überlegungen.

Es sind jetzt 4 Wochen verflossen, seit die Leiterin der unserer Handelsabteilung entsprechenden ostdeutschen Hauptabteilung für Aussenhandel Frau Staimer, eine Tochter Piecks, der Schweizerischen Delegation in Berlin schriftlich zur Kenntnis gebracht hat, "das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR sei bereit, mit einem Vertreter des EPD in Besprechungen über Fragen einzutreten, die die Beziehungen zwischen der DDR und der Schweizerischen Eidgenossenschaft berühren". Inzwischen hat die Schweizerische Delegation verschiedene Symptome beobachtet, die den sicheren Schluss zulassen, dass im Hinblick auf kommende Verhandlungen von höchster Stelle vorläufig eine schonende Behandlung der schweizerischen Interessen angeordnet worden ist. Es liegt nahe zu vermuten, dass die Behörden der DDR mit verdoppeltem Eifer mit der Entrechtung der Schweizerbürger fortfahren werden, wenn sie sich einmal davon Rechenschaft gegeben haben, dass man sich schweizerischerseits nicht dazu entschliessen kann, aus der abwartenden Haltung herauszutreten.

Bevor ein Beschluss über die Frage der Aufnahme von Beziehungen mit der DDR überhaupt reif ist, würde es sich darum handeln, auf Grund einer ersten Fühlungnahme mit dem Aussenministerium der DDR Klarheit darüber zu gewinnen, wieweit dieses allenfalls zu gehen bereit ist, um den Schutz der wohl erworbenen schweizerischen Rechte in Ostdeutschland zu gewährleisten. Für die Besprechung müsste ein Beamter der Zentrale vorgesehen werden, weil seitens des ostdeutschen Aussenministeriums Hemmungen bestehen, derartige Verhandlungen



mit der Schweizerischen Delegation in Berlin, die als Vertretung beim Kontrollrat angesehen wird, zu führen. In dieser ersten Phase wäre schweizerischerseits auf der Vermeidung jeder Publizität in Bezug auf die Besprechungen zu bestehen. Erst wenn es sich gezeigt haben wird, welche materiellen Vorteile in Aussicht stehen, wird es möglich sein, in der Frage der Aufnahme von direkten Beziehungen mit der DDR in voller Kenntnis der Lage einen Beschluss zu fassen.

Die Aufnahme von direkten Beziehungen mit der DDR wäre in völkerrechtlicher Hinsicht jedenfalls unbedenklich. Sie würde lediglich bedeuten, dass die Schweiz das Bestehen einer Regierung, die über einen Teil Deutschlands die tatsächliche Gewalt ausübt, anerkennt, und zwar provisorisch, d.h. solange sich am gegenwärtigen Zustande nichts ändert. Selbst der Austausch diplomatischer Missionen würde völkerrechtlich nicht etwa bedeuten, dass die Schweiz das Bestehen zweier neuer Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschland anerkennt.

Die Frage direkter Beziehungen zur DDR ist ausschliesslich vom Standpunkt der politischen Zweckmässigkeit aus zu betrachten. Auf eine einfache Formel gebracht heisst das Problem: Haben bei der Frage der Aufnahme direkter Beziehungen zur DDR die politischen Ueberlegungen das Uebergewicht, die besonders im gegenwärtigen Zeitpunkt eher für Zurückhaltung zu sprechen scheinen, oder muss in erster Linie das Bestreben wegleitend sein, auf dem Wege über die de facto Anerkennung der ostdeutschen Regierung eine Ausgangslage für den Schutz der etwa 4500-köpfigen Schweizerkolonie und der Schweizerischen Kapitalanlagen von 150 - 200 Mio Fr. in der DDR und Ostberlin zu gewinnen ?

23.11.1952.

*Sig. Koenig*